

3/2011
WELTERNÄHRUNG

Europäische Agrarreform im
Sinne der Gesellschaft. Seite 3

Interview mit Josef Göppel
(CSU) zu einer grüneren
EU-Agrarpolitik. Seite 6

Trendanalyse 2011 zur globalen
Ernährungssicherung. Seite 7

EDITORIAL



Klemens van de Sand
Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

was wollen wir in Zukunft essen? Wie und von wem soll es produziert werden? Nicht nur Bäuerinnen und Bauern beschäftigen sich mit diesen lebenswichtigen Fragen. Landwirtschaft ist längst zu einem gesellschaftspolitisch relevanten Thema geworden. Vor allem auch, weil die Agrarpolitik seit Langem eine Richtung einschlägt, die viele der globalen Probleme eher vergrößert. Gemeinsam treten daher Erzeuger, Verbraucher und Verbände zunehmend für eine Lebensmittelproduktion ein, die nicht auf Kosten der Länder des Südens, der Umwelt, der Menschen und Tiere geht und zudem dazu beiträgt, die Ernährung möglichst weltweit mit einer bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern.

2012 geht die Debatte um die Agrarpolitik in Europa in eine neue, entscheidende Phase. Um dabei den entwicklungspolitischen Aspekten eine Stimme zu verschaffen, mischt sich Germanwatch als eine der wenigen entwicklungspolitischen Organisationen ein.

Mit dieser Ausgabe möchten wir Ihnen Impulse für die weitere Diskussion über eine klima- und entwicklungsfreundliche Agrarpolitik mit auf den Weg geben.

Ihr

Klemens van de Sand

Globale Landwirtschaftspolitik im Umbruch

Bedeutet das Scheitern der Welthandelsrunde eine Abkehr von neoliberalen Konzepten?



Landwirtschafts- und Ernährungspolitik waren jahrzehntelang Stiefkinder der internationalen Politik. Zwar gab es regelmäßig internationale Gipfel, auf denen Staats- und Regierungschefs dem Hunger den Kampf ansagten – so auch im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele. In der Praxis begann die Zahl der Hungernden jedoch schon seit ihrem Tiefstand von 800 Millionen Mitte der 1990er Jahre wieder zu steigen.

Trotzdem gingen die Ausgaben für die ländliche Entwicklung sowohl in den Haushalten der meisten Entwicklungsländer als auch in der Entwicklungshilfe des Nordens immer mehr zurück. Diese paradoxe Entwicklung lässt sich teilweise mit dieser damals und bis heute vorherrschenden Ideologie erklären: Staatliche Eingriffe in die (Agrar-)Märkte und die Handels- und Investitionsentscheidungen der privaten Akteure wurden – prinzipiell und nicht nach Einzelfallprüfung – als ineffizient oder gar kontraproduktiv angesehen. Dies spiegelt sich auch darin wider, was mit welcher Verbindlichkeit geregelt wird.

Die Welthandelsorganisation WTO macht detaillierte und verbindliche Vorgaben, wie hoch Zölle und Subventionen sein dürfen und wie sie ausgestaltet werden müssen. Verstößt ein Land dagegen, drohen ihm Handelssanktionen. In der 2001 begonnenen sogenannten „Doha-Runde“ sollte die Liberalisierung noch weiter getrieben werden. Die Vereinbarkeit mit bestehenden und erwarteten WTO-Regeln bestimmt seither die Agrarpolitik vieler Länder.

Die für Landwirtschaft und Ernährung zuständige UN-Organisation FAO wurde finanziell und personell lange geschwächt und ausgezehrt, ihre politischen Empfehlungen bleiben unverbindlich. Das gilt auch für die 2004 verabschiedeten „Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung“. Sie definieren einen Rahmen, mit dem jedes Land sinnvolle Maßnahmen zur Hungerbekämpfung identifizieren kann. Dabei sollen die Betroffenen, also Kleinbauern und Landlose, an den Entscheidungen beteiligt werden und ihre Interessen im Mittelpunkt stehen. Die Leitlinien sind anders als WTO-Abkommen freiwillig. Sie zu ignorieren, kostet höchstens Ansehen. ▶

Agrarpreiskrise als Weckruf

Als die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel 2007/2008 explodierten, rächte sich die institutionelle Vernachlässigung der Landwirtschaft: Die FAO war zu einer raschen und angemessenen Reaktion nicht in der Lage und die WTO-Regeln für den Marktzugang sind bei einer akuten Knappheit irrelevant. Ohne Unterstützung konnten viele Regierungen nicht entsprechend reagieren, was zum dramatischen Anstieg der Zahl der Hungernden auf über eine Milliarde beitrug.

Um die Lücke zu füllen, wurden auf internationaler Ebene eine ganze Reihe von Initiativen gestartet. Die Vereinten Nationen schufen eine „High Level Task Force“, in der sich alle für die Welternährung relevanten zwischenstaatlichen Organisationen koordinieren sollen. Die G7 der großen Industriestaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA) versprach, bis 2012 für die Ernährungssicherung 20 Milliarden US-\$ auszugeben und rief eine globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährung aus. Eine zentrale Rolle

soll dabei das reformierte Committee on World Food Security (CFS) spielen, in dem neben den internationalen Organisationen auch Regierungen, Bauernorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) beteiligt sind. Alle diese Foren betonen, dass zur Bekämpfung der Hungerkrise vor allem die Kleinbauern aktiv unterstützt werden müssen.

Abkehr vom neoliberalen Ansatz?

Während einerseits die Initiativen für eine aktivere Agrarpolitik zunehmen, ist andererseits die Doha-Runde der WTO gerade gescheitert. Unter anderem weil viele Entwicklungs- und Schwellenländer befürchteten, dass ihnen dann kein Spielraum mehr bleibt, um Kleinbauern zu fördern. Wie effektiv die neuen Initiativen sein werden, ist noch schwer abzuschätzen: Das CFS arbeitet an freiwilligen Leitlinien zur Landnutzung, nicht jedoch an rechtlich verbindlichen Instrumenten, und die G7 geben ihr Geld an einen von der Weltbank verwalteten Fonds, der sich nicht auf die Arbeit des CFS bezieht. Es droht also zumindest die Gefahr, dass das par-

tizipative Gremium kluge, aber unverbindliche Richtlinien beschließt. Ökonomisch relevante Entscheidungen bleiben jedoch der Weltbank vorbehalten – einer Institution, die von Industriestaaten dominiert wird und zumindest in der Vergangenheit ein Vorreiter der Deregulierung war.

Damit Armuts- und Hungerbekämpfung durch kleinbäuerliche Landwirtschaft effektiv gefördert werden, muss das CFS eine zentrale Rolle in der globalen Ernährungspolitik spielen und verbindliche Vorgaben für die Arbeit von Weltbank, FAO und anderen internationalen Organisationen machen. Die Vertreter der Bauern und zivilgesellschaftlicher Gruppen müssen die Arbeit des Komitees aktiv mitgestalten. Die Empfehlungen des CFS für nationale Agrarpolitik richten sich nicht nur an Entwicklungsländer. Auch die EU sollte sich bei der Reform ihrer Agrarpolitik daran orientieren, um tatsächlich einen konstruktiven Beitrag für die Welternährung zu leisten.

Tobias Reichert

Exportsubventionen der EU sollen bleiben



Die EU-Kommission will offenbar das entwicklungs- und handelspolitisch schädlichste Instrument ihrer Agrarpolitik auch über 2013 hinaus beibehalten: Ein vorab bekannt gewordener Entwurf zur Regulierung der EU-Agrarmärkte enthält ein eigenes Kapitel zur Subventionierung des Exports von Getreide, Fleisch, Milchprodukten, Eiern und Zucker. Die EU hatte zwar angeboten, Exportsubventionen im Rahmen der Doha-Runde der WTO abzuschaffen. Nachdem die Verhandlungen scheiterten, zog sie diese Zusage jedoch zurück.

Besonders bedenklich ist, dass die Subventionen nun nicht mehr nur die Preise auf dem europäischen Markt stützen sollen. Vielmehr geht es darum, sicherzustellen, dass die EU am internationalen Handel mit diesen Produkten beteiligt bleibt. Wenn die Bundesregierung ihre Erklärungen zur Kohärenz zwischen Agrar- und Entwicklungspolitik ernst nimmt, muss sie gegen diesen Passus ihr Veto einlegen. Germanwatch wird sich dafür einsetzen.

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Anna Hirt

Kampagnen-Koordinatorin, Weltladen-Dachverband e.V.

Mit Germanwatch verbindet uns seit Jahren eine äußerst sinnvolle und wichtige Symbiose. Der Weltladen-Dachverband trägt gemeinsam mit seinen knapp 500 Mitgliedsäden im Rahmen wechselnder Kampagnen entwicklungspolitische Botschaften an die Verbraucherinnen und Verbraucher. Um die komplexen Zusammenhänge, z. B. zwischen weltweitem Hunger und der europäischen Agrar- und Handelspolitik zu verstehen und anschaulich zu machen, leistet Germanwatch eine hervorragende Arbeit. Für den Erfolg unserer Kampagnen ist die Expertise von fachlich fundierten Partnern wie Germanwatch unerlässlich.

Europäische Agrarreform im Sinne der Gesellschaft

Verdrängung bäuerlicher Höfe durch EU-Agrarpolitik beenden

Massentierhaltung. Dumping Gewässerverschmutzung. Klimakiller. Landwirtschaft wird heutzutage oft mit diesen negativen Auswüchsen in Verbindung gebracht. Es sind vor allem die Folgen der industriellen Agrarproduktion, die auf Öl angewiesen ist und Bauernhöfe vernichtet.

Doch genau in diese Richtung steuert die europäische Agrarpolitik. Einerseits durch die Ausgestaltung der Märkte, wenn ohne Zustimmung der Bauern Agrarmärkte immer weiter liberalisiert werden. Die Abnehmer, also etwa Molkeereien oder Schlachtereien, fusionieren und übernehmen in diesem Markt die Macht. Sie wollen billige Rohstoffe von den Bauern, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Niedrige Erzeugerpreise in Deutschland und Dumpingexporte, auch in Entwicklungsländer, sind die Folge. Ausgerechnet dorthin, wo die lokale Landwirtschaft ein wichtiger Motor für die Armuts- und Hungerbekämpfung sein sollte.

Andererseits fördert die Agrarpolitik durch die Ausgestaltung der Agrarsubventionen die Rationalisierung auf den Höfen. Und zwar folgendermaßen: In Deutschland erhalten die Bauern etwa 300 Euro für einen Hektar Land und müssen dafür sehr niedrige Umweltauflagen erfüllen. Egal ob beispielsweise ein 2.000 Hektar großer Betrieb fünf oder 50 Arbeitskräfte beschäftigt. Der erste Betrieb erhält also pro Arbeitskraft umgerechnet 120.000 Euro, der

zweite Hof nur 12.000 Euro an Steuergeldern. Der Bauernhof mit den wenigen Angestellten steht damit im Wettbewerb besser da und kann seine Produkte billiger anbieten. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der bäuerlichen Arbeitskräfte, die letztlich über den Export auch in andere Länder übertragen wird.

Eine Reform der europäischen Agrarpolitik steht vor der Tür. Der EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș wagt hierbei erstmalig den ernsthaften Versuch, die Agrarzahllungen an soziale und ökologische Auflagen zu binden.

In einem aktuell bekannt gewordenen Vorschlag der EU-Kommission für einen neuen agrarpolitischen Gesetzesentwurf soll unter anderem eine Obergrenze für die Agrarzahllungen pro Hof eingeführt werden. Flächenstarke Betriebe können Kürzungen vermeiden, wenn sie Arbeitskräfte nachweisen. Außerdem sollen bestimmte ökologische Leistungen wie etwa Fruchtfolgen erfüllt werden, sonst droht den Betrieben die Kürzung der Subvention um rund ein Drittel. Die Obergrenzen sind zwar noch viel zu hoch und die ökologischen Kriterien zu lasch, um wirklich wirksam zu sein. Aber der Paradigmenwechsel wäre bei Umsetzung dieses Vorschlags zumindest eingeleitet. Auf ungeteilte Zustimmung stößt der Vorschlag deshalb nicht: In Deutschland etwa bremsen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner und ihr Ministerium weiterhin ernsthafte Reformen.



Foto: Fried Dorts

Immer mehr deutsche Bauern und Bürger engagieren sich jedoch in der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ (s. Aufruf Seite 5). Sie entwickeln bundesweit in städtischen Aktionen und zahlreichen Diskussionsplattformen auf Bauernhöfen ihre Anforderungen an die Landwirtschaft und die europäische Agrarpolitik. Der öffentliche Druck auf die Bremser in der deutschen Politik muss steigen, denn der Gesellschaft wird eines immer klarer: Artgerechte Haltung. Gentechnikfreies Essen. Überwindung von Hunger und Armut. Bäuerliche solar-gestützte Lebensmittelerzeugung – so sieht eine zukunftsfähige Landwirtschaft aus!

Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Grün und global gerecht?

Klimafreundliche Tierhaltung würde viele Probleme lösen

Die EU hat sich für die Reform ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hehre Ziele gesetzt. „Grüner und gerechter“ soll sie werden, sagt zumindest EU-Agrarkommissar Cioloș. Dabei betont er, dass die Landwirtschaft einen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Und der EU-Vertrag schreibt schon seit 1992 vor, dass alle Politikfelder mit den entwicklungspolitischen Zielen der EU kohärent sein müssen. In drei neuen Studien hat Germanwatch untersucht, wie sich die deutsche und europäische Landwirtschaft und Agrarpolitik derzeit auf Klimaschutz und Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern auswirkt.

Subventionierte Exporte verdrängen afrikanische Kleinbauern

Die im Auftrag von MISEREOR erstellte Studie „Wer ernährt die Welt“ betrachtet vor allem die Rolle der EU im Agrarhandel mit Afrika südlich der Sahara. Dabei wird deutlich, dass die GAP die Situation der Kleinbauern vor allem in Westafrika stark und überwiegend negativ beeinflusst hat. Sie stand und steht dabei in einer engen Wechselbeziehung mit einer verfehlten Agrarpolitik in vielen afrikanischen

Ländern. Die Agrarpolitik Europas hat seit den frühen 1980er Jahren dazu geführt, dass die EU bei wichtigen Nahrungsmitteln wie Getreide, Fleisch und Milchprodukten zu einem der größten Exporteure wurde. Im selben Zeitraum begannen die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel drastisch zu sinken – während die Nahrungsimporte der afrikanischen Länder deutlich anstiegen. Besonders deutlich ist dieser Effekt bei den Produkten, deren Export die EU besonders gesteigert hat. Afrika, vor allem Nord- und Westafrika, gehören auch zu den wichtigsten Exportmärkten der EU für Milchpulver. ▶

Die subventionierten Exporte der EU haben dazu beigetragen, afrikanische Bauern von ihren Märkten zu verdrängen sowie öffentliche und private Investitionen in den Sektor zu erschweren. In der Krise der Agrarpreise konnten die Bauern die Produktion daher nicht kurzfristig steigern, so dass es zu mehr Hunger kam. Die EU will gleichwohl ihre Fleisch- und Milchexporte weiter steigern. Die Kommission sieht darin sogar einen Beitrag zur Welt ernährung. Dabei ignoriert sie nicht nur die negativen Auswirkungen auf afrikanische Märkte, sondern auch die Tatsache, dass die EU nur deshalb so viel Fleisch- und Milchprodukte produzieren und exportieren kann, weil sie in immer größerem Umfang Futtermittel – vor allem Sojaschrot – importiert.

Futtermittelheizen das Klima an

Mit den Umwelt- und vor allem Klimaauswirkungen dieser Importe beschäftigt sich die zusammen mit dem Forum Umwelt und Entwicklung erstellte Studie „Saumagen und Regenwald“. Nach unseren Schätzungen werden allein für die deutschen Sojaschrotimporte fast drei Millionen Hektar Ackerland genutzt, ganz überwiegend in Lateinamerika. Die Anbauflächen dort haben sich seit den 1980er Jahren mehr als verdoppelt – meist auf Kosten des Regenwaldes und ökologisch wertvoller Savannengebiete.

Der Druck auf die verbliebenen natürlichen Landflächen erhöht sich ständig, da auch die Nachfrage nach Sojaschrot aus der EU und anderen Teilen der Welt weiter ansteigt. Wir gehen

davon aus, dass bei Produktion und Transport des Sojaschrots für den deutschen Markt – einschließlich der Flächennutzungsänderung – in den letzten zehn Jahren durchschnittlich etwa 18 Millionen Tonnen CO₂ jährlich emittiert wurden. Das entspricht fast einem Fünftel der gesamten deutschen Emissionen aus Landwirtschaft und Landnutzungsänderung. Eine Schlussfolgerung der Studie ist daher, Sojaschrotimporte zu reduzieren und Soja nur noch aus Ländern zu beziehen, die effektive Maßnahmen zum Schutz ökologisch wertvoller Flächen ergreifen und die Umwandlung in Ackerflächen insgesamt begrenzen.

Klimafreundliche Tierhaltung fördern

Die Kernbotschaft der Studie „Klimaschützer auf der Weide“ ist, dass Tierhaltung nicht per se (sehr) klimaschädlich sein muss. Entscheidend ist, wie die Tiere gehalten und gefüttert werden. Gut gemanagtes Weideland kann Kohlenstoff in Humus und Wurzeln speichern. Durch Gras als wichtigstes Futter können zudem die Sojaimporte deutlich reduziert werden. Im Reformprozess der GAP sollten daher Grasland konsequent geschützt und Anreize für eine nachhaltige Weidehaltung gegeben werden. Eine klimafreundliche Fleisch- und Milcherzeugung in der EU wird darüber hinaus eine deutlich verringerte Produktion zur Folge haben und damit das Exportpotenzial reduzieren. Das würde einen großen Teil der Probleme lösen, die nach wie vor durch EU-Agrarexporte verursacht werden.

Tobias Reichert



Die Studien als Downloads:

Wer ernährt die Welt?

www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Misereor_Studie_Agrarpolitik_110207.pdf

Saumagen und Regenwald

www.germanwatch.org/handel/sur-studie

Klimaschützer auf der Weide

www.germanwatch.org/handel/kg-studie

Wenn Arbeitswelt auf Wirklichkeit trifft

Lokale Wirkungen der Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“

Neun Wochen waren wir mit der Ausstellung „Mensch Macht Milch“ in Schleswig-Holstein unterwegs. Ausgestellt in Rathäusern, Berufsbildungszentren und Kirchen. Begleitet von Grußworten, Vorträgen, Führungen und Diskussionsveranstaltungen.

Möglich gemacht durch viele Menschen und Einrichtungen in ihren Funktionen als Gastgeber, Aufbauteams, Redner und Diskussionspartner.

Insgesamt gab es in sechs verschiedenen Städten elf Veranstaltungen, die uns zusammen mit den eindrucksvollen Fotos der Ausstellung immer wieder zeigten: Es geht in der agrarpolitischen Debatte eben nicht nur um die reine Produktion des Rohstoffes Milch.



Milchbauer Thomas Mauderer fragt: „Wann ist mein Betrieb industriell?“ Die Veranstaltungen gaben Raum für offene Diskussionen.

Für die Milchbauern ist ihre Arbeitswelt zugleich Lebenswelt: Egal wo auf dieser Welt, Kühe wollen rund um die Uhr versorgt werden, Anbau und Ernte von Futter sind von Wetter und anderen natürlichen Einflüssen bestimmt.

Diese bäuerliche Lebenswelt steht in intensiven Wechselwirkungen. Zunächst zu Tieren und Umwelt, aber natürlich auch zu den Verbrauchern unserer Nahrungsmittel und zu den Mitbürgern in unseren ländlichen Regionen.

EU-Kommissar Dacian Cioloș hat alle Bürgerinnen und Bürger Europas aufgerufen, sich an der Diskussion über die Zukunft der europäischen Landwirtschaft zu beteiligen. „Mensch Macht Milch“ hat den Bürger-Dialog um die Reformen der Gemeinsamen Europäischen ▶

Agrarpolitik aufgegriffen und in Schleswig-Holstein eröffnet. Unsere Veranstaltungen haben uns bestätigt, dass dies genau der richtige Weg ist. Vertreter von Tierschutz-, Umwelt-, Bauern- und Verbraucherverbänden diskutierten mit uns. Kirche und Politik, Verwaltung und Beratung, Wissenschaft, Milchwirtschaft und Tierzucht sagten ihre Meinung. Und nicht zu vergessen die jungen Menschen, die sich in einer landwirtschaftlichen Ausbildung befinden.

Vielen Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden wird immer bewusster, dass ihre Ansprüche nur gemeinsam mit den Landwirten erfolgreich umgesetzt werden können. Die Verbände haben erkannt, dass viele Leistungen von den Landwirten nur dann erbracht werden können, wenn diese ein tragfähiges Einkommen erwirtschaften. Ein Wirtschaften am ökonomischen Limit wird zwangsläufig auch immer die ökologischen Leistungen des Landwirtes begrenzen.

Auf den Veranstaltungen zu „Mensch Macht Milch“ ist auch immer wieder deutlich geworden: Landwirte können und müssen ihre Chance nutzen. Sie müssen sich einbringen in diese wichtige Debatte um die Zukunft der Agrarpolitik, der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. Landwirte haben viel beizutragen, denn sie verfügen nicht nur über das erforderliche Fachwissen, sondern auch über Erfahrungen, die seit Generationen weiter gegeben worden sind.

*Kirsten Wosnitza,
Milchbäuerin aus Nordfriesland und Mitinitiatorin der „Schleswig-Holstein-Tour“.*

„Mensch Macht Milch“ auf Tour

Seit Oktober 2010 wurde „Mensch Macht Milch“ bereits in fast 60 Orten in 11 Bundesländern Deutschlands gezeigt.

Ihre Stadt ist nicht dabei? Organisieren Sie eine Ausstellung mit unserer Unterstützung. Jetzt Termin sichern unter: ernaehrung@germanwatch.org



Mensch
MACHT
Milch



Schulklassen aus dem landwirtschaftlichen Bereich nutzen mit ihren Lehrern die Ausstellung, um über das Thema zu diskutieren.

Weitere Informationen, Ausstellungsorte und -termine unter: www.facebook.com/Mensch.Macht.Milch

Aufruf zur Debatte

Meine Landwirtschaft – bundesweite Kampagne zur europäischen Agrarpolitik

Germanwatch ist einer von 40 Trägern

„Weiter so Europa!“ ist keine Option. Aus dieser Überzeugung heraus haben 40 Organisationen und Initiativen aus den Bereichen Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt-, Natur- und Tierschutz Anfang 2011 die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ins Leben gerufen. Seitdem regt sie unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen eine öffentliche, breit angelegte Debatte über die Perspektiven der europäischen Agrarpolitik an. Die neueste Aktion heißt „Bäuerin und Bauer halten

Hof“. Ab dem 16. Oktober 2011 laden Bäuerinnen und Bauern überall in Deutschland ein, mit ihnen auf ihren Höfen über die Zukunft der europäischen Agrarpolitik zu diskutieren. Die daraus hervorgehenden Vorschläge und Forderungen werden festgehalten und den zuständigen Politikerinnen und Politikern in Berlin und Brüssel vorgetragen.

Infos und Termine unter:

www.meine-landwirtschaft.de/hof-halten



Grünere Agrarpolitik als wichtiger Standortfaktor

Interview mit Josef Göppel, CSU-Abgeordneter im Bundestag

EU-Agrarkommissar Ciolos will die europäische Agrarpolitik grüner und gerechter gestalten. Sehen Sie ebenfalls Reformbedarf und wenn ja an welchen Stellen?

Europa hat sich viele Ziele gesteckt: Biodiversitätsstrategie, Wasserrahmenrichtlinie, Klimaschutz. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ermöglicht es uns, in 27 EU-Staaten gleichzeitig an Verbesserungen zu arbeiten – das ist ein großer Vorteil. Agrarkommissar Ciolos hat ehrgeizige Pläne für eine „grünere“ GAP formuliert. Ich unterstütze die Richtung seiner Reformen! Jetzt kommt es aber darauf an, die wichtigsten Schritte durchzusetzen. Wir müssen ökologischen Belangen mehr Platz in unserer Kulturlandschaft einräumen! Ein ausreichendes Maß an sogenannten „ökologischen Vorrangflächen“ von zehn Prozent gehört dazu. Auch müssen Zahlungen für ländliche Entwicklung konsequenter an diesen Zielen ausgerichtet werden.

Reichen hierfür die angedachten Maßnahmen, etwa das „Greening“ der Direktzahlungen (Bindung von 30 Prozent der Zahlungen an ökologische Bedingungen) und die Obergrenze für Großbetriebe aus?

Das „Greening“ ist ein erster wichtiger Schritt, um unsere Agrarlandschaft vielfältiger zu machen. Viele Landwirte denken bereits in eine ähnliche Richtung und wissen, dass auch Bienen und Feldlerchen zu ihren Produktionsflächen gehören. Die Menschen gehen mit offenen Augen durch die Landschaft und sehen in Deutschland Wiesen verschwinden und mehr Mais wachsen.

Das „Greening“ allein wird aber nicht ausreichen. Wir brauchen auch Vertragsnaturschutz, Schutz organischer Böden, Renaturierung von Fließgewässern und verbesserten Artenschutz. Wir müssen dabei nichts Neues erfinden, sondern Vieles nur anpassen und verbessern!

Eine Deckelung der Direktzahlungen, wie augenblicklich in der Kommission diskutiert, halte ich übrigens für einen guten Weg, öffentliche Gelder für unsere Landwirte gerecht zu lenken.

Die EU-Kommission betont Exportchancen für die europäische Landwirtschaft und will damit sogar einen Beitrag zur Welternährung leisten. Wie passt dies mit einer ökologischeren und gerechteren Landwirtschaft zusammen?

Den besten Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten wir, indem wir den Aufbau einer regional angepassten Landwirtschaft in den Entwicklungsländern fördern. Wir müssen darauf achten, dass Exporte aus der europäischen Landwirtschaft diese Entwicklung nicht blockieren.

Aus ökologischer Sicht ist der Export von Fleisch und Milch fraglich. Mehr Export bedeutet eine Steigerung der Produktion. Das bedeutet eine Überproduktion von Gülle und in vielen Fällen auch mehr Importe von Futtermitteln wie Soja. Die nachhaltige Produktion von Futtermitteln außerhalb der EU ist aber oft nicht gewährleistet.

Wie bewerten Sie die derzeitige Haltung der Bundesregierung bezüglich der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik?

Die zögerliche Haltung der Bundesregierung bei der Reform der Direktzahlungen ist nachvollziehbar. Deutschland ist der größte Nettozahler in der EU. Ein guter Rückfluss der Gelder ist im Interesse Deutschlands. Die Gemeinsame Agrarpolitik darf aber nicht allein auf Geld reduziert werden. Die Chancen beim Schutz von Biodiversität, Klima und Wasser habe ich bereits genannt. Auch die Entwicklung benachteiligter Gebiete liegt im Interesse Deutschlands. Wir sind ein starkes Industriexportland. Gerade deswegen ist der Erhalt gesunder Böden, reinen Wassers und artenreicher Flure ein wichtiger Standortfaktor der Zukunft. Die Rückführung der Exportsubventionen halte ich im Sinne weltweiter Gerechtigkeit für unabdingbar.



Interview: Marco Klemmt, Leonie Dorn

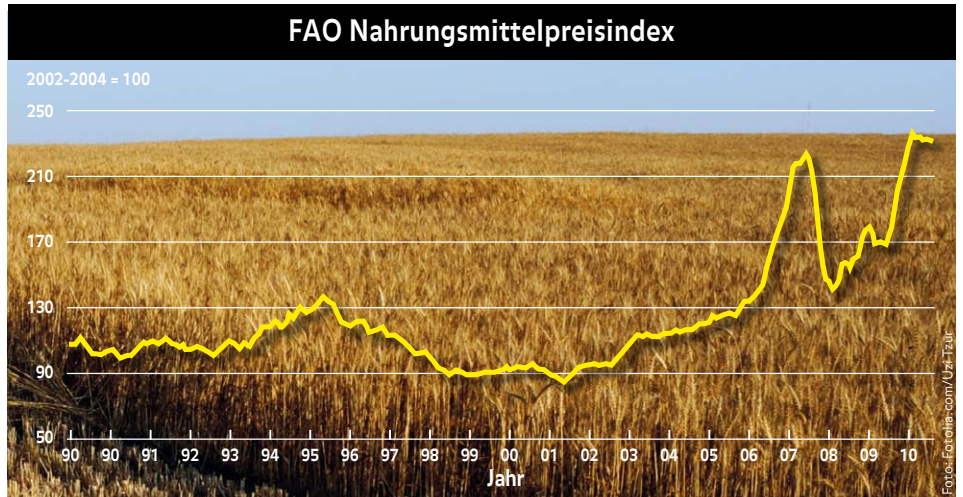
Wettbewerb zwischen Teller, Trog und Tank nimmt zu

Neue Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung

Mit seiner zweiten Trendanalyse zur Ernährungssicherung widerlegt Germanwatch die seit der globalen Ernährungskrise 2007/2008 immer wieder kolportierte Mär, der steigende Fleischkonsum in China und Indien sei der wesentliche Grund für die Preissprünge auf den Weltmärkten.

In China und Indien, wo zusammen fast 40 Prozent der Weltbevölkerung leben, hat im letzten Jahrzehnt der Konsum von Fleisch und Milchprodukten insgesamt zugenommen. Allerdings wächst in China der Verbrauch von Schweinefleisch, das mit Abstand am meisten konsumiert wird, seit etwa fünf Jahren deutlich langsamer; der Rindfleischkonsum war in den letzten drei Jahren sogar rückläufig. Bei Geflügelfleisch steigt zwar der Verzehr in den großen Schwellenländern noch stärker an als in Europa. Da aber pro Kilogramm erheblich weniger Getreide verfüttert wird als für Schweine- und Rindfleisch, steigt der Verbrauch von Getreide für Nahrung und Futter in China und Indien nur relativ moderat. Er kann den dramatischen Anstieg und die unvorhersehbaren Schwankungen der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel jedenfalls nicht erklären.

Nach Analyse von Daten und Berichten des US-Landwirtschaftsministeriums und der FAO kommt Germanwatch zum Schluss, dass neben Exportverboten und der infolge des Klimawandels zunehmenden Zahl von Missernten in wichtigen Erzeugerländern der politisch initiierte Agrarsprit-Boom in Europa und Amerika die wichtigste strukturelle Ursache ist. Die staatlich geförderte Agrarenergie drängt weltweit die Nutzung von Pflanzen für die menschliche Ernährung zurück. Das heizt die Spekulation auf den Agrarrohstoff- und Finanzmärkten an. Die Anleger können darauf setzen, dass die rasch wachsende Nachfrage nach Mais, Zuckerrohr, Palmöl, Sojabohnen



Quelle: FAO, September 2011 – www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/foodpricesindex/en

etc. für die Treibstoffproduktion die Preise steigen lässt. Durch Nachfrageänderungen bei Anbau und Verbrauch betrifft dies auch andere Agrarrohstoffe, insbesondere Weizen.

Der Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung ist aber keineswegs pauschal abzulehnen. Insbesondere für die dezentrale Energieversorgung gibt es durchaus Potenziale, die keine Konkurrenz zu Nahrungsmitteln bilden und zusätzliche bäuerliche Einkommen schaffen können. Aber EU und USA setzen stark auf Agrarsprit für Autos.

Die Folgen sind fatal: In vielen Entwicklungsländern wächst die Nahrungsmittelkonkurrenz und damit auch der Hunger. In den letzten Monaten haben deshalb zehn führende internationale Organisationen, darunter die FAO und die Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD, sowie Experten des Committee on World Food Security (CFS) eindringlich gefordert, sämtliche Subventio-

nen und gesetzlichen Mindestvorgaben für die Beimischung von Agrarkraftstoffen in Benzin und Diesel abzuschaffen. Diese begünstigen übermäßig die Energieproduktion und sabotieren das Ziel, Agrarsubventionen abzubauen. Die Bundesregierung will gleichwohl am Beimischungszwang (E10-Benzin) festhalten. Dabei ist dies auch ökologisch fragwürdig, denn die Klimabilanz von Agrarsprit kann durch Abholzung von Primärwald in Südostasien und Südamerika für Ölpalm-, Soja- und Zuckerrohrplantagen sogar negativ werden. Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) hat sich den überzeugend begründeten Forderungen der internationalen Organisationen auch in seinem neuen Agrosprit-Konzept leider nicht angeschlossen.

Klemens van de Sand

Vollständige Trendanalyse ab 16.10.2011 unter: www.germanwatch.org/handel/trend-ern11

Spekulation und Hunger

Terminhandel trägt zu Preisschwankungen bei

Wie schon vor drei Jahren führen die seit rund einem Jahr stark gestiegenen Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise zu schwerwiegenden Folgen für die Ärmsten der Welt. 2010 sollen laut Weltbank 44 Millionen Menschen zusätzlich in Armut gefallen sein. Die Gründe für die Preissteigerungen sind vielfältig. Mit von Bedeutung sind je nachdem die steigende Nachfrage durch Schwellenländer oder Agrosprit, zu geringe Investitionen, Ernteausfälle oder politisches Versagen.

Doch wie bereits vor drei Jahren geht auch die neue Preisspitze auf den physischen Märkten einher mit einer Spitze bei den Finanzinvestitionen in Rohstoffe. Diese laufen über börsenhandelte oder außerbörsliche Termingeschäfte, die meist in Gestalt von Fonds vor allem durch die Banken an Anleger vertrieben werden. Nach Schätzungen der Bank Barclays kam es Mitte 2011 sogar zu einem neuen Rekordwert von 412 Milliarden US-Dollar. Vieles davon geht in Metalle und Öl, doch ein gehöriger Anteil im hohen zweistelligen Milliardenbereich auch in Agrarrohstoffe. Mit von der Partie sind dabei viele deutsche Akteure, vor allem die Deutsche Bank.

Die Terminmärkte werden durch das viele Geld aufgebläht und dann übertragen sich die Blasen in die physischen Märkte, denn die Terminmärkte dienen der Preisfindung. Der Zusammenhang zwischen Finanzinvestitionen und der Preisentwicklung der letzten zehn Jahre ist deutlicher als der zwischen Nachfragesteigerungen und Preisentwicklung. Auch immer mehr wissenschaftliche Studien – erst jüngst eine von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen UNCTAD – machen auf die Veränderungen auf den Rohstoffmärkten aufmerksam: Preisschwankungen werden durch die massenhafte Beteiligung von Finanzinvestoren verstärkt und die Rohstoffmärkte hängen immer enger mit den Finanzmärkten zusammen.

Eine stärkere Regulierung des Terminhandels mit Rohstoffen ist deshalb dringend nötig. In den USA wurden einige Liberalisierungen der letzten Jahre wieder aufgehoben, aber die genaue Umsetzung ist noch umkämpft. In der EU läuft ein Reformprozess der Terminmärkte, darunter der für Rohstoffe. Eine neue Verordnung zu Termingeschäften, die mehr Transparenz und mehr zentral abgewick-

ten Handel bringen soll, wird wohl diesen Herbst verabschiedet. Besonders wichtig ist die Richtlinie zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID), zu der die EU-Kommission im Oktober eine Überarbeitung vorschlagen will. Dort soll entschieden werden, ob die Behörden dem Rohstoffhandel von Finanzakteuren Grenzen setzen können oder sogar müssen. Ob es dazu kommt, wird aber bis zur endgültigen Entscheidung im Herbst 2012 unklar bleiben.

*Markus Henn,
Referent für Finanzmärkte, WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung)*

*Mehr Information:
www.weed-online.org/themen/finanzen/nahrungsmittelspekulation/index.html*

INTERNATIONALE TAGUNG

Fleisch in Massen – Fleisch in Maßen

**7.- 8. November 2011 in Berlin,
Hotel Aquino, Hannoversche Straße 5b**

Die negativen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgekosten der industriellen Tierhaltung und Fleischerzeugung und damit die Grenzen des weltweit steigenden Fleischkonsums werden immer offensichtlicher. Das stetige Wachstum gerade bei Geflügel- und Schweinefleisch hin zur massiven Überproduktion wirft viele Fragen auf. Vor allem die Frage, wie in Zukunft in Europa produziert werden soll: In Massen für den Weltmarkt oder in Maßen für einen nachhaltigen Konsum? Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Meine Land-

wirtschaft“ leistet ein breites Bündnis von Verbänden, darunter Germanwatch, mit der Tagung einen Beitrag zur aktuellen Debatte über die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Europa. Wir wollen über die politischen Rahmenbedingungen und Perspektiven für eine zukunftsfähige, umwelt- und entwicklungsgerechte Tierhaltung und Fleischproduktion diskutieren.

*Informationen zum Programm:
ernaehrung@germanwatch.org*

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo:** Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo:** E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe.** Kostenlos. www.germanwatch.org/zeitung
- Hintergrundpapier:** Klimawandel und Gesundheit. Fakten, Folgen, Forderungen – Für Industrie- und Entwicklungsländer. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/gesundheit11
- Poster:** Herausforderung Globaler Klimawandel. 8 Euro Versandkostenpauschale. www.germanwatch.org/klima/poster11
- Broschüre:** Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten. Dritte überarbeitete Ausgabe 2011. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/gkw11
- Handbuch:** Aktiv – Kreativ – Demonstrativ. Handbuch der Ideen und Tipps für politische Straßenaktionen. 5 Euro. www.germanwatch.org/corp/it-aktion
- Diskussionspapier:** Ein Rahmen für effektive Waldklimaschutzvorhaben. Eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der deutschen REDDplus-Finanzierung. 8 Euro. www.germanwatch.org/klima/redd11eff
- ➔ **Studie:** Sonnige Zukunftsaussichten? Klimawandel, Wasser und die Rechte von Kindern und zukünftigen Generationen. Ökologische Kinderrechte: Fakten, Fälle, Forderungen. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/klima/kind-was11

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen.
Bestellung: versand@germanwatch.org,
Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

_____ Name
 _____ Vorname
 _____ Evtl. Organisation/Firma
 _____ Straße, Nr.
 _____ PLZ, Ort
 _____ Tel./Fax
 _____ E-Mail

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
 Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
 Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
 E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
 Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.),
 Daniela Baum, Marco Klemmt, Tilman Santarius,
 Christoph Bals, Stand: Oktober 2011.
 Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 106.000.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Termine

■ **Bonn, 01.-03.10.11:** Germanwatch auf der Internationalen Meile des Deutschlandfestes. Spannende Videos im Kurzfilmkino, Informations- und Austauschmöglichkeit, Möglichkeit zur Teilnahme an Kampagnen und Projekten. Weitere Infos: www.bonn2011.de

■ **Berlin, 06.10.11:** Europäische Fachtagung „Sozial-ökologische Beschaffung als Innovationstreiber – was geschieht in Europa?“, u.a. mit Tobias Pforte-von Randow. Programm: www.germanwatch.org/termine/2011-10-06.pdf

■ **Brüssel, 18.10.11:** Konferenz „Landwirtschaft, Futtermittel und Rinderhaltung – Klimakiller oder Klimaschutz?“, u. a. mit Tobias Reichert. Weitere Infos: ernaehrung@germanwatch.org

■ **Saarbrücken, 03.-05.11.11:** Kongress „WeltWeitWissen 2011 – Grenzen überschreiten“, u. a. mit einem Klima-Workshop von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.weltweitwissen2011.de

■ **Berlin, 09.+10.11.11:** Konferenz „Towards IAASTD2: New Issues, Persistent Problems. Linking food security, sustainability science and sustainability politics“, u. a. mit Tobias Reichert. Infos und Anmeldung: info@zukunftderernaehrung.org

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle monatlich halbjährlich jährlich den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

_____ Konto-Nr.
 _____ Geldinstitut
 _____ BLZ
 _____ Datum
 _____ Unterschrift

_____ Name
 _____ Vorname
 _____ Straße / Nr.
 _____ PLZ/Ort
 _____ Tel.
 _____ E-Mail

Bitte einsenden an:
 Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.